

Gedanken zu Glaube und Zeit

In dieser Schriftenreihe kommen Menschen zu Wort, die Fragen des Glaubens und der Kirche, aber überhaupt Grundsätzliches betreffend das Leben in unserer Zeit in freier Form diskutieren. Dahinter steht die Absicht, den unverzichtbaren Wert der Frohbotschaft in krisenhaften Zeiten durch Bekenntnis sowie Beispiel sichtbar zu machen und einen Beitrag zur erforderlichen Weiterentwicklung zu leisten. Nur mit einem Handeln aus verantworteter christlicher Freiheit kann die Kirche aus ihrem beklagenswerten und bedrohlichen Zustand gerettet werden. Alle, die sich dieser Auffassung anschließen, sind eingeladen, dazu einen Beitrag zu leisten – in welcher Form auch immer.

Die Aussendung erfolgt unentgeltlich per E-Mail an namentlich adressierte Empfänger in mehreren Ländern, insbesondere in Österreich, Deutschland und der Schweiz, mit deren Einverständnis. Häufig erfolgt eine Weiterverbreitung. Jede Verwendung der Texte ist frei, sofern Quelle und Verfasser angegeben und keine sinnstörenden Veränderungen oder entstellenden Kürzungen vorgenommen werden.

Die bisher in der Reihe „Gedanken zu Glaube und Zeit“ erschienene Texte sind im Austria-Forum - das Wissensnetz aus Österreich abrufbar:

[http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube und Zeit](http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube_und_Zeit).

Bitte zu beachten:

Sollen Zuschriften an uns vertraulich behandelt werden, ersuchen wir, dies ausdrücklich anzuführen!

Willibert Kurth

Und sie bewegt sich in verschiedenste Richtungen – die katholische Kirche auf Abwegen zwischen Synodalität und Absolutheitsanspruch

Ein Beitrag zum synodalen Prozess und für umfassende synodale Strukturen in der katholischen Kirche - zu den „Gedanken“ 408 „Sie bewegt sich doch“ von Herbert Kohlmaier

Ausgangslage und Argumente beim wegweisenden, zukunftsentscheidenden Thema Synodalität

Aufgerüttelt durch den Missbrauchsskandal, der vor allem seit 2010 zunächst in Deutschland und dann weltweit immer weitere, erschreckende Kreise zog und zieht¹, folgerten Bischofskonferenz und Laienvertreter in unserem großen Nachbarland eine entscheidende Konsequenz: Es wurde erkannt, dass die intransparenten und die Mitentscheidung von Laien und Fachleuten verhandelnden, klerikalen Strukturen der katholischen Kirche

¹ Diese Missbrauchsskandale reichen hin bis zu verheerenden Vorgängen in Heimen von Europa bis Nordamerika, etwa beim Umgang mit native Americans in Kanada und den USA. Und er endet dort noch bei weitem nicht. In Ländern wie Polen und Italien steht etwa die Aufarbeitung erst am Anfang, von Erdteilen wie Afrika, Asien und Lateinamerika ganz zu schweigen.

- a) sowohl die Verursachung von Missbrauch und Gewalt begünstigen, wenn nicht sogar entscheidend mitbedingen;
- b) als auch die Aufarbeitung entscheidend erschweren oder gar verhindern.²

Von daher wurde der Prozess des Synodalen Weges von Bischofskonferenz und Laien gemeinsam gestartet und wegweisende Forderungen aufgestellt, die im Kern vor allem eine weitreichende Veränderung der Mitentscheidungskompetenzen der Laien beinhalten: eben hin zu synodalen Entscheidungsstrukturen, wie sie etwa in den evangelischen und altkatholischen Kirchen bestehen.

Im letzten Jahr hat nun Papst Franziskus diesen sinnvollen Prozess aufgegriffen und einen weltkirchlichen Diskussionsprozess zum Thema Synodalität und die künftige Struktur der katholischen Kirche in Gang gesetzt. Im Herbst 2023 wird dieser weltkirchliche Prozess in eine Bischofssynode in Rom münden. Und es bleibt zu hoffen, dass bei dieser Synode

- a) die Mitwirkung der Laien - allein schon entsprechend dem Thema und damit auch aus grundlegenden Gründen der Glaubwürdigkeit - deutlich stärker sein wird als bei früheren Synoden;
- b) dass es auf dieser Synode zu klaren Entscheidungen kommt, dass sich die Kirche in Richtung einer stärkeren Mitentscheidung von Laien in der Kirche ausspricht. Und nicht bloß wolkig für eine verstärkte Mitwirkung (die letztlich nichts weiterbringt, sondern nur eine Vertröstung und Vernebelung wäre), sondern ganz konkret Mit-Entscheidungskompetenzen,
- c) und ganz entscheidend: Dass im Anschluss der Papst diese Vorschläge dann auch entsprechend umsetzt. Dies hat er leider bei der Amazonien-Synode völlig unterlassen und damit die "mutigen Vorschläge" seiner Landsleute aus Lateinamerika, die er selbst deutlich eingefordert hatte, weitgehend in den Wind geschlagen. Damit hat er sowohl die schwierige Situation der katholischen Kirche wie die daraus resultierende weitere Stärkung der polarisierenden evangelikalen Bewegungen dort verfestigt. Und dieses sehr enttäuschende Verhalten von Papst Franziskus ist ein Punkt, der für die kommende Weltsynode und vor allem dann für die Umsetzung der hoffentlich erarbeiteten Vorschläge nicht viel Hoffnung macht.

Die fehlenden Entscheidungskompetenzen der Laien in der katholischen Kirche führen ja nicht allein beim Thema Missbrauch und Gewalt zu Fehlentwicklungen und begünstigen diese; sondern tatsächlich oder mindestens potentiell in allen Bereichen. Und nicht zuletzt sind diese fehlenden Entscheidungskompetenzen der Laien auch aus anderen Gründen abzulehnen:

- a) Dies verstößt ganz klar gegen Geist und Inhalt der Botschaft Jesu und damit gegen den Kern der eigenen Inhalte und Überzeugungen von der Gleichwertigkeit aller Christinnen und Christen, die all mit den Talenten und Gaben des Heiligen Geistes ausgestattet sind auf vielfältige Weise. Und nur deren Zusammenwirken führt zu den besten Entscheidungen für alle und realisiert die *Communio Christi*. Und nur dann kann diese *Communio* auch glaubwürdig in der Eucharistie beim Hören auf Sein Wort und in der Mahlgemeinschaft um Seinen Tisch gefeiert werden.

² Versetzungen zahlreicher auffällig gewordener Priester aus deutschen Bistümern nach Österreich, die sowohl in dem Gutachten von Köln 2021 wie im jüngsten in München 2022 ausdrücklich und mehrfach genannt werden, wurden noch in keiner Weise hierzulande thematisiert, geschweige denn aufgearbeitet. Das wird wie so Manches in diesem Thema hierzulande lieber nicht aufgegriffen und auch von den Reformbewegungen leider viel zu wenig bis gar nicht thematisiert. Still ruht der See; aber stille Gewässer sind ja bekanntlich sehr tief ... Dabei war z.B. gerade ein Bischof Krenn in St. Pölten dafür bekannt und rühmte sich, Priester und Priesteramtskandidaten, die anderenorts ausgemustert wurden, mit offenen Armen bei sich einzusetzen. Aufarbeitung gleich oder nahe Null. Und dies scheitert vor allem eben an den intransparenten und die Mitsprache und Mitentscheidung von Laien verhindernden Strukturen und das entsprechende Kirchenrecht der katholischen Kirche.

b) Diese Praxis, die entscheidenden Kompetenzen auf den Klerus und vor allem in hierarchischer Weise auf die Bischöfe zu konzentrieren, widerspricht der klaren frühkirchlichen Praxis, wie sie von den Paulus-Briefen über die Apostelgeschichte bis hin zu den Kirchenvätern verbürgt ist bis zur Konstantinischen Wende im 4. Jahrhundert. Bis dahin saßen Ehepaare der Mahlfeier in ihren Hausgemeinschaften, den Keimzellen der Urkirche, ganz selbstverständlich gemeinsam vor; und wurden etwa Bischöfe ausdrücklich durch die Mitwirkung des Kirchengvolkes eingesetzt. Wir denken nur an die eindrücklichen Viten so bedeutender heiliger Bischöfe wie eines Augustinus von Hippo oder Martin von Tours.

c) Diese klerikale Hierarchie und Monarchie stellt eine krasse Diskriminierung von über 99% des Kirchengvolkes dar. Sie verstößt damit nicht nur gegen die eigene christliche Botschaft, was schon ein Glaubwürdigkeitsproblem sondergleichen schafft. Sondern im modernen Rechtsstaat und unter Heranziehung sämtlicher geltender Menschenrechtsakte von Europarat bis UNO verstößt diese innerkirchliche Ordnung gegen grundlegende Verfassungs- und Menschenrechte wie die gleiche Würde aller, den Gleichheitsgrundsatz und das Diskriminierungsverbot. Diese gravierenden Grundrechtsverstöße können auch nicht durch das Privileg auf ein eigenes inneres Sonderrecht begründet werden. Diese Rechte auf interne Sonderregelungen müssen vielmehr hinter der Einhaltung der grundlegenden Verfassungsrechte zurückstehen, wie mehrfach der EuGH etwa in Bezug auf das kirchliche Arbeitsrecht entschieden hat; z. B. wenn die Scheidung und Wiederverheiratung von Ärzten als Kündigungsgrund für katholische Krankenhäuser vom EuGH ausdrücklich zurückgewiesen wurde.

d) Das Kirchenrecht verstößt nicht nur auf individualrechtlicher Ebene gegen die genannten grundlegenden Verfassungsrechte, sondern auch gegen das im Rechtsstaat generell für alle Institutionen geltende Demokratieprinzip, insbesondere dann, wenn sie vom Staat gefördert werden und/oder wichtige Aufgaben im Staat wahrnehmen oder sich daran beteiligen wie etwa die katholische Kirche im Bereich Bildung und Erziehung. Es ist schwer nachvollziehbar, wie die katholische Kirche in ihren Bildungseinrichtungen junge Menschen überzeugend im Sinne der Demokratie erziehen will, wenn sie diesen elementaren Grundsatz selbst nicht befolgt. Und es ist ebenso schwer nachvollziehbar, dass jeder Sportverein und jede Kleingartenkolonie demokratische Regeln einhalten muss, eine gesellschaftlich so wichtige, prägende und Vorbild gebende Institution wie die katholische Kirche nicht.

Ohne grundlegende Reformen setzt sich die katholische Kirche ins gesellschaftliche und rechtliche Aus

Aus den Punkten c und d ergibt sich aus meiner Sicht folgerichtig, dass Institutionen ganz grundsätzlich und somit eben auch die katholische Kirche, wenn sie diesen grundlegenden individuellen und gesellschaftlichen Grunderfordernissen des Rechtsstaats und der Verfassung nicht Folge leisten, im Rechtsstaat verboten gehören. Es handelt sich hier nicht um Marginalien, sondern um ganz zentrale Grundpfeiler des Rechtsstaates und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie sind elementare Bestandteile dessen, was ich weiter unten als den zentralen wertemäßigen Konsens für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft betone. Die Einhaltung dieser grundlegenden Werte und Rechte ist eine *Conditio sine qua non* für unsere Gesellschaften. Keine gesellschaftlich relevante Institution kann und darf sich davon befreien, sondern es muss die selbstverständliche DNA einer freien und demokratischen Gesellschaft sein, dies überall dort zu leben.

Erst recht gilt dies für Institutionen in dem so wichtigen und sensiblen Bereich der Erziehung und Bildung, die prägend wirken und Vorbildcharakter haben. Und entsprechende Überlegungen sind

auf EU-Ebene in Brüssel und Luxemburg schon sehr verbreitet, wo viele beim EuGH nur auf eine Gelegenheit warten, die beim Arbeitsrecht schon seit langem bestehende klare Rechtsprechung auch auf andere Bereiche, etwa den Bildungsbereich, auszuweiten. Wie es auf EU-Ebene so oft heißt: Beim EuGH wird Französisch gesprochen. Und damit ist nicht die Sprache gemeint, sondern das laizistische, säkulare Staats- und Kirchenverständnis.

Also auch aus diesen genannten Gründen (und es gäbe noch weitere, auf die ich hier der Kürze halber nicht eingehe) kann die Zukunft der katholischen Kirche nur lauten: Synodalität in allen Bereichen und auf allen Ebenen und folgerichtig die umfassende und gleichberechtigte Mitentscheidung der Laien. Es ist dies ein ganz entscheidender Punkt, wo sich in nächster Zeit die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche und ihre Zukunftsfähigkeit erweisen wird. Schon jetzt nehmen viele bisherige Kirchenmitglieder die einzig wirkliche Entscheidungsvariante wahr, mit der sie wirksam auf die katholische Kirche einwirken können: Sie kehren der Kirche durch Kirchenaustritt den Rücken. Eine Entwicklung, die durch den Missbrauchsskandal verstärkt wurde, aber die schon seit langem im Gange ist. Und jüngere Untersuchungen etwa von Prof. Zulehner zeigen, dass es vor allem die für die Kirche so entscheidende Gruppe junger Frauen ist, die in überproportional großem Ausmaß die katholische Kirche verlassen.³

Von daher ist es nur zu begrüßen, wenn Papst Franziskus den Synodalen Weg aus Deutschland aufgreift und auf die Weltebene hebt. Hierhin gehört nach den Statuten der katholischen Kirche dieses Thema ja letztlich auch, soll wirklich etwas verändert werden. Nur besteht eben auch die realistische Möglichkeit, dass am Ende eben das Ergebnis auf Weltebene nicht so sein wird, wie es in Deutschland Bischöfe und Laien wünschen im Sinne einer echten und umfassenden Synodalität, in der auch aus meiner Sicht und aus den oben genannten Gründen allein die Zukunft der katholischen Kirche liegen kann. Es kann genauso gut sein, dass dieses Heben auf die Weltebene dazu führt, dass dieses entscheidende Thema abschlägig beschieden wird und damit die wichtigen und richtigen Bestrebungen aus Deutschland, die ja von weiten Teilen vor allem in Europa und Nordamerika geteilt werden, ins Leere laufen. Es gibt sogar Stimmen, die dies als den eigentlichen Zweck und das Ziel ansehen, warum der Vatikan das Thema aufgegriffen hat: Um es so - auf bekannte katholische Weise - vor die Wand und ins Leere laufen zu lassen.

Ernüchternde Erfahrungen in Österreich und Europa

Es gibt einige Anzeichen, dass es auch in Europa wichtige Kreise gibt, die Synodalität mindestens mit gemischten Gefühlen sehen, wenn nicht sogar ablehnend. Weil es so naheliegt, hier eine dieser maßgebenden Stimmen aus Österreich:

So ließ sich die österreichische Bischofskonferenz in entsprechenden Presseaussendungen nach den Sommer- und Herbstvollversammlungen im Juni und November 2021 mit skeptischen Aussagen zur Synodalität vernehmen. Und so auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof Lackner, in der Pressekonferenz nach der Vollversammlung am November 2021. Lackner, der an den Beratungen zum Synodalen Weg in Deutschland als Beobachter teilnimmt, führte aus, dass ihn z.B. eine Abstimmung dort sehr negativ eingenommen habe, wo mit einer Stimme Mehrheit beschlossen wurde, eine Diskussion zum Thema Abschaffung oder Modifizierung des Zölibats zu führen.

³ Paul. M. Zulehner: Gott im Lockdown, Wien 2020, Weltweite Erhebung zum Kirchenaustritt mit über 14.000 Befragten.

Dabei ist es doch so, dass eine Abstimmung über die Zulassung einer Diskussion ja noch keine Entscheidung darstellt. Es ist schon erstaunlich, wie eine Entscheidung, eine Diskussion zu führen, einen österreichischen Bischof schon verunsichert. Und noch weniger stellt dies oder gar eine einmalige Entscheidung das dar, was Synodalität bedeutet. Aber dieses Zerrbild bestimmt offenkundig die Einstellung zahlreicher Bischöfe in der katholischen Kirche. Und es ist leicht zu erahnen, was dies für die kommende Weltsynode bedeutet.

Dabei zeugt die genannte Bewertung der österreichischen Bischöfe von einem völlig verzerrten Verständnis von Synodalität. Synodalität erschöpft sich nie in einer punktuellen Debatte oder gar einer einmaligen Abstimmung. Synodalität ist ein Prozess des Hinhörens und der gemeinsamen Entscheidungssuche, bei der die Standpunkte, Sichtweisen und Argumente aller einfließen und berücksichtigt werden. Und so gemeinsam nach der bestmöglichen Lösung gesucht wird, die für alle einen guten und gangbaren Weg darstellt. Und so werden Glaubwürdigkeit und Einheit gestärkt. Glaubwürdigkeit und Einheit können aber eben nur gestärkt werden, wenn "Themen, die alle angehen, auch von allen entschieden werden", wie dies der emeritierte Bischof der Altkatholiken in Österreich, Bernhard Heitz, bei einem Vortrag zu 20 Jahren Frauenordination in der altkatholischen Kirche im Lainzer Kreis 2017 betonte.

Wie Synodalität vorbildlich und beispielhaft für die katholische Kirche gelebt wird, hat die evangelische Kirche A.B. erst vor wenigen Jahren beispielhaft gezeigt bei der Behandlung des sehr sensiblen Themas, wie mit gleichgeschlechtlichen Paaren und ihrem Wunsch nach einer kirchlichen Heirat umgegangen werden kann. Wie der synodale Prozess zu diesem strittigen Thema vor wenigen Jahren verlief, hat vor kurzem der damalige steirische Superintendent Hermann Miklas in einem Vortrag beim Lainzer Kreis erläutert. Er war an diesem Entscheidungsprozess maßgebend beteiligt, der insbesondere vom damaligen Bischof Michael Bünker sehr umsichtig geleitet wurde. Es ging vor allem um ein gegenseitiges Zuhören und darum, gemeinsam eine Lösung zu finden, die von allen oder der weit überwiegenden Mehrheit mitgetragen wird. Es ging auch in keinsten Weise um eine einmalige Abstimmung, was eine Konterkarierung von Synodalität wäre. Aber dieses Zerrbild und die Verwechslung von Synodalität mit demokratischen KampfAbstimmungen bestimmt offenbar die Haltung dazu in weiten Teilen der katholischen Kirche, gerade bei Bischöfen. Dies zeigt das oben angeführte Beispiel aus der österreichischen Bischofskonferenz.

Superintendent Miklas hat im Lainzer Kreis sehr anschaulich ausgeführt, wie im synodalen Verfahren die VertreterInnen verschiedener Positionen vor allem einander zugehört und mit Respekt für die Anderen ihre Argumente und Sichtweisen vorgetragen haben. Mehrfach wurde eine Entscheidung vertagt, um hier niemanden zu übergehen oder zu überfordern oder gar etwas übers Knie zu brechen. Und als die Entscheidung reif war, wurde der dann mit großer Mehrheit gefasste Beschluss von dem Stimmführer der konservativen Kreise eingebracht. Und so hat dieser teils sehr kontroverse Prozess letztlich nicht nur zu einem von weitesten Kreisen mitgetragenen Ergebnis geführt, das auch Spielraum bei der Umsetzung lässt und so keinen überfordert. Sondern es hat auch den Zusammenhalt der Kirche gestärkt und deren Glaubwürdigkeit untermauert.

Ein weiterer Eindruck von einer Reise kürzlich nach Irland: In der Augustinerkirche in Dublin stand hinten in der Kirche ein großes Plakat mit einem Gebet zur Synodalität. Dort geht es vor allem darum, die Einmütigkeit zu stärken und die Kirche vor Abwegen zu bewahren. Kein Wort darüber, dass die Gaben des Heiligen Geistes über alle verteilt sind und dass alle gemeinsam mitwirken zum Wohl der Kirche. Hier wird eher der Eindruck vermittelt, es geht darum, eine Gefahr abzuwenden, als dass in diesem Thema Chancen liegen.

Als ich mit einem Augustiner-Pater darüber ins Gespräch kam, zeigte er sich wenig zuversichtlich, dass die Weltsynode den Weg eröffnet für die auch aus seiner Sicht notwendigen Reformen für eine stärkere Mitentscheidung von Laien und gerade auch Frauen. Er verwies auf die

einschneidenden Erfahrungen, die gerade auch das katholische Irland in den letzten zehn Jahren beim traurigen Thema Missbrauch gemacht habe.

Ganz zu schweigen von Ländern wie Polen, wo die Bischöfe jede Aufarbeitung bei diesem globalen Schreckensthema tunlichst unterbinden. Vor einigen Jahren wurde selbst Filmschaffenden unter-sagt, in polnischen Kirchen drehen zu können, als sie auf der Suche nach Kirchen waren für einen entsprechenden Film. Sie mussten diese Aufnahmen letztlich in Tschechien machen. Der Film wurde dann im Polen binnen kurzer Zeit von über 8 Mio. Menschen gesehen. So wurde auch dort ein Anfang der Aufarbeitung gemacht, der aber nach wie vor sehr mühsam ist, weil die Kirchenlei-tung sich dem fast vollständig verweigert. Wie würde diese Aufarbeitung aussehen, wenn in der Kirchenleitung auch Laien vertreten wären?

Kirche entwickelt sich in zwei Richtungen auseinander: inhaltlich und strukturell Konservative sowie weltoffene Dialogbereite

Ich sehe die Entwicklung in der katholischen Kirche in großen Zügen so:

- Über die katholische Kirche wird, wenn sie sich der synodalen Reform verweigert und inhaltlich wie strukturell in den bisherigen Bahnen verharret, die Zeit hinweggehen. Alle, die daran festhalten, werden Teil einer sektenähnlichen Wagenburg, die an Regeln und Strukturen festhält und diese über Inhalt und Geist der maßgebenden Botschaft Jesu stellt.

- Zu dieser rückwärtsgewandten Gruppe wird sich mehr oder weniger jene Gruppe aus allen christ-lichen Lagern gesellen, die fundamentalistisch ausgerichtet ist, seien es Kreise von Opus Dei bis Legionäre Christi, seien es evangelikale Kreise, mit denen ja gerade die evangelischen Kirchen zu kämpfen haben. Wie die erste Gruppe strukturell und normativ verschlossen und eingefahren ist, ist diese in Inhalt und Bibelverständnis eingefahren und eingeengt.

Beide Gruppen zeichnen sich durch eine weitgehende Unfähigkeit aus, auf andere hin- und zuzu-hören sowie mit ihnen in einen offenen und respektvollen Dialog zu treten; und zwar sowohl in-nerhalb der eigenen Kirche wie mit anderen Kirchen und Religionen sowie letztlich innerhalb der Gesellschaft. Diese Risse und Bruchlinien werden um so einschneidender, als die Gesellschaft in sich zudem immer vielfältiger wird und immer schneller von Veränderungen und neuen Heraus-forderungen geprägt ist. Diese Dialogunfähigkeit ist ein Kennzeichen aller fundamentalistischen Gruppen, die letztlich um sich allein kreisen und nach außen immer mehr abgeschlossen sind. Merkmale von Sekten.

Jene dieser Gruppen, die dann auch noch einen explizit gesellschaftlichen Anspruch haben, wie etwa zahlreiche evangelikale Fundamentalisten in Lateinamerika oder Nordamerika, tragen so zu-dem innergesellschaftlichen zu Polarisierungen und Spannungen bei, was einer Spaltung der Ge-sellschaft und letztlich auch Gewalt Vorschub leistet. Beispiele dafür sind gerade in Latein- wie Nordamerika zu beobachten, leider z.B. in den USA mit entscheidendem Einfluss in den letzten Jahrzehnten bei den für das Regierungssystem der USA und deren Ansehen in der Welt relevanten Republikanern. Am schlimmsten war dies zur Regierungszeit von George W. Bush Jun. (2000-2008) ausgeprägt mit entsprechend evangelikal-fundamentalistisch durchgesetzten Regierungs- und Beratungskreisen. Ein Ergebnis dessen war der mit Kreuzzugsrhetorik begleitete Krieg gegen den Irak 2003, nach Täuschung der UNO und völkerrechtswidrig.

- Gegenüber diesen beiden, aus verschiedenen Richtungen erzkonservativen und dialogunfähigen, letztlich fundamentalistischen Gruppen wird die große Mehrheit von ChristInnen den Werten und dem Geist Jesu verbunden bleiben, aber nicht engstirnig und normativ oder strukturell verfahren,

sondern mitten in der Gesellschaft und im Dialog mit allen Seiten und auch allen Religionen. Ganz im Sinne und Geist der großen Aufbruchbewegung des Zweiten Vatikanums und der sie vorbereitenden und mittragenden Erneuerungsbewegungen in der gesamten Kirche von Liturgischer Erneuerung über die breite ökumenische Bewegung bis hin zu Aufbrüchen und neuen Sichtweisen in der Theologie. Mit dieser Gruppe werden die zentralen Inhalte der Botschaft Jesu auch ihre Relevanz für Gesellschaft und Welt weiter behalten und dort wirksam sein. So hoffe ich zuversichtlich.

Absolutheitsansprüche - gleich welcher Art - sind eine der größten Gefahren für plurale Gesellschaften und legen die Axt an den so notwendigen Konsens über grundlegende Werte des Zusammenlebens

Der Riss und letztlich Graben wird immer größer. Vor allem wegen der Dialogunfähigkeit und die eigenen Strukturen und Normen absolut setzenden Grundhaltung der ersten beiden Gruppen. Und dieses Absolutsetzen, ganz gleich ob von Strukturen, Normen oder Inhalten, und damit auch des Über-andere-Drübersetzens ist ohnehin eine große Gefahr, gerade in unserer Zeit, wo unsere Gesellschaften plural sind und immer vielfältiger werden. Es ist daher folgerichtig und passt ins Bild, dass fundamentalistische, dialogunfähige, vor allem auf sich selbst gerichtete Gruppen diese Vielfalt und Veränderungen moderner Gesellschaften oft skeptisch sehen und ablehnen.

Da sie unfähig sind zum offenen Austausch und Dialog, sehen sie darin in erster Linie eine Bedrohung ihrer monolithisch und hierarchisch gedachten Welt. Ihre Welt ist einfach und klar und gibt ihnen Sicherheit und Halt, gerade angesichts der Komplexität und Veränderungen moderner Gesellschaften, die diese Gruppen folglich als Gefahr ansehen. Diese Haltung kann daher den Humus bilden für eine Reihe von Ängsten und Bedrohungsszenarien. Sie flüchten dann nicht selten in eine rückwärtsgerichtete Sichtweise hin zu Altem und vermeintlich Bewährtem bis hin zu Nationalismus, Verschwörungsideologien und virtuellen Scheinwelten. Den gemeinsamen Nenner solcher fundamentalistischen Sichtweisen bilden dann vermeintliche Heilspärolen wie "Wir retten das christliche Abendland!" bis hin zu Kreuzzugssemantik. Ziemlich krude Bündnisse ergeben sich dann hier, wie wir dies aktuell etwa zwischen einigen Impfgegnern und Russlandsympathisanten erleben.

All dies führt den christlichen Glauben nicht nur ad absurdum, sondern stellt für unsere Gesellschaften ein erhebliches Gefahrenpotential dar. Gerade wo moderne Gesellschaften immer vielfältiger an Überzeugungen und Lebensformen werden und sich zudem auch immer weiter verändern, ist ein einigender gesellschaftlicher Konsens über einige grundlegende Werte entscheidend. Da dieser Konsens, anders als in früheren Jahrhunderten nicht mehr über die einheitliche Religion gestiftet oder von einem Fürsten verordnet werden kann nach dem Motto "Cuius regio eius religio!", ist die entscheidende Frage für die heutige plurale Gesellschaft: Wie kann dieser Konsens über die grundlegenden Werte hergestellt und gelebt werden?

Entscheidend dafür sind die Dialogfähigkeit aller und der Verzicht einzelner Gruppen oder Religionsgemeinschaften auf den allein selig machenden Wahrheits- und Absolutheitsanspruch. Wer meint, Religion könne ohne den Absolutheitsanspruch, wie er etwa von den drei abrahamitischen Religionen erhoben wird (auch gegenüber den anderen Schwesterreligionen, was ja einer gewissen Paradoxie nicht entbehrt, da sie ja voneinander abstammen und eng miteinander verbunden sind), der richte seinen Blick nach Asien, wo einige der großen Weltreligionen, allesamt um einige Jahrhunderte älter als das Christentum, seit jeher in großer Toleranz miteinander und nebeneinander leben und auskommen. Oft werden die verschiedenen Religionen im Leben einzelner Menschen sogar vermischt, was von vielen religiösen Menschen im Westen, die seit jeher mit dem Absolutheitsdenken aufgewachsen und deren Gesellschaften durch Religionskriege gegangen sind, eher abschätzig beäugt wird.

Befähigen und Beteiligen als Schlüsselbegriffe für die Zukunft unserer Gesellschaften und Religionsgemeinschaften

Die katholische Kirche sollte auf die Unsicherheiten und Ängste der Menschen nicht damit reagieren, dass sie Strukturen und Normen unveränderlich absolut setzt, um ihnen so Sicherheit und Halt zu geben. Es ist nur ein vermeintlicher Halt, denn in pluralen und sich schnell verändernden Gesellschaften helfen einfache Katechismuswahrheiten nicht weiter, sondern ein Koordinatensystem grundlegender Werte, das in sich verändernden Lagen Orientierung geben und gesellschaftlichen Konsens unterstützen kann. Es kann nicht darum gehen, Menschen etwas vorzuschreiben, sondern sie aufgrund solcher Werte zu eigenverantwortlichen Entscheidungen zu befähigen.

Befähigen und Beteiligen sind Schlüsselbegriffe für die Zukunft unserer Gesellschaften und Religionsgemeinschaften. Und genau in diese Richtung weist auch das so wichtige und für die katholische Kirche zukunftsweisende Prinzip der Synodalität: So zu verantwortlichem Handeln befähigte und ermutigte Menschen sollten und müssen auch entsprechend breit und auf allen Ebenen und in allen Kompetenzbereichen beteiligt werden. Verhält sich die katholische Kirche weiter anders und bleiben selbst in den Pfarrgemeinderäten als Beteiligungsgremium der Laien der Pfarrer der gesetzte Vorsitzende und das Gremium selbst ohne jede Entscheidungskompetenz (um mal ein Beispiel auf der untersten Stufe zu nennen), vergibt sie nicht allein eine große Chance. Sie verspielt und verpasst damit wahrscheinlich den letzten Ausgang in die Zukunft.

Ein Absolutsetzen der eigenen Standpunkte oder gar ein seitens einer Religion erhobener Absolutheitsanspruch führt schnell zu Überheblichkeit und Überlegenheitsdenken, was bei einigen dann auch in völliger Verrennung zur Anwendung von Gewalt führt, um dieses "absolut Richtige" in quasi göttlichem Auftrag mit allen Mitteln durchzusetzen. Wir erleben dies bei Islamisten; es ist aber auch jetzt schon bei radikalen Evangelikalen in verschiedenen Teilen des ganzen amerikanischen Doppelkontinents anzutreffen, auch bei kleinen Gruppen Evangelikaler in den USA. Und auch der bislang so friedliche Hinduismus nimmt in Indien immer öfter auch radikale, intolerante Züge an, begünstigt von der schützenden Hand des aus dieser Bewegung stammenden indischen Ministerpräsidenten Modi. Leidtragende sind vor allem Muslime und Christen in Indien, was hierzulande noch kaum wahrgenommen wurde. Die Beispiele Indien, Lateinamerika und USA zeigen zudem die enge Verbindung, die Religion, Gesellschaft und Staat auch in demokratischen Staaten haben. Von Theokratien etwa im arabischen und persischen Raum ganz zu schweigen.

All dies lässt ganz grundsätzlich die Frage aufkommen, ob es in einer pluralen Gesellschaft und Welt überhaupt erlaubt oder friedensdienlich sein kann, wenn es Überzeugungen gibt, die einen Absolutheitsanspruch stellen. Für mich ist dies eine heute sehr wichtige Frage. Und ich komme zu der Überzeugung, dass ein solcher Absolutheitsanspruch klar abzulehnen ist. Er steht dem zentralen Gut entgegen, das für heutige Gesellschaften und die Welt entscheidend ist: dass alle miteinander auf Augenhöhe und in vollem gegenseitigem Respekt und ohne Überlegenheitsgefühl miteinander im Dialog sind. Alles andere ist im Grunde schon ein Spaltpilz bis hin zur Kampfansage an eine plurale Gesellschaft.

Leider erleben wir, dass die katholische Kirche diese Absolutheit und Überlegenheit sogar gegenüber anderen christlichen Kirchen (oder wie sie meint "christlichen Gemeinschaften") an den Tag legt; siehe die vatikanische Erklärung Dominus Jesus aus 2000. Seinerzeit maßgeblich mitverfasst vom damaligen Leiter der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger.

Und damit bin ich wieder beim einleitenden Aspekt der letzten „Gedanken“: Fast alles in der menschlichen Geschichte ist dem Werden und Vergehen unterworfen. Ein wesentlicher Punkt, wo

es oft kippt, ist immer dann erreicht, wenn angesichts einer scheinbar grenzenlosen Macht und eines immensen Wohlstands die Überheblichkeit, die Hybris Überhand nimmt. Und dann läuft selbst die größte Herrlichkeit aus dem Ruder und vor die Wand. Und Dokumente wie Dominus Jesus sind für mich Ausdruck dieser Hybris. Genauso wie die Synodalität jetzt schlechtzureden, zu verzerren oder ins Leere laufen zu lassen.

Willibert Kurth ist Diplom-Volkswirt und engagiert sich seit 2015 im Lainzer Kreis am Kardinal König Haus.

Kontakt:

Emer. O. Univ. Prof. Dr. Heribert Franz Köck, 1180 Wien, Eckpergasse. 46/1,

Tel. (+43) 660 14 13 112 , heribert.koeck@gmx.at

Volksanwalt i. R. Dr. Herbert Kohlmaier. 1230 Wien, Gebirgsgasse 34,

Tel. (+43) 676 516 48 46 , kohli@aon.at

Unter diesen Adressen ist auch eine Abbestellung der Zusendungen möglich!